

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe mir erlaubt, für die heutige Haushaltsrede einen Blick auf die Bemerkungen der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2009 zu werfen. In den zwei Reden, die unsererseits vorgetragen wurden, gab es einige Punkte, die es doch Wert sind, auch im Jahre 2010 nochmals aufgeführt zu werden.

In meinen Ausführungen zum Nachtragshaushalt 2009, der voll unter den Auswirkungen der immensen Gewerbesteuerrückzahlungen stand, wurden von mir drei Kernfragen gestellt. Ich zitiere:

1. Auf welches strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt stellen wir uns ein, d. h. müssen wir nachhaltig 5 Mio, 10 Mio. oder mehr einsparen ?
2. Welchen Zeitraum geben wir uns ?
3. Mit welcher oder welchen Methodiken wird gearbeitet ? Also bauen wir ganzheitliche Zukunftsüberlegungen für Sindelfingen ein, bedarf es externer Unterstützer und so weiter.?

Nun - ein Jahr später sind wir tatsächlich in diesen Fragen weiter gekommen, wir haben Antworten erhalten, Antworten, die uns aber überhaupt nicht gefallen, die z. T. schmerzlich sind.

Für die erste Frage, wie hoch ist denn eigentlich das Defizit, wurde eine Studie erhoben, mit dem Ergebnis, je nach wirtschaftlicher Entwicklung, je nach Einnahmen aus Gewerbesteuer, müssen wir uns auf einen Fehlbetrag von mindestens 7 Mio. Euro in unseren laufenden Kosten, im Verwaltungshaushalt einstellen. Es wurde uns somit noch mal ausdrücklich bestätigt, dass es nicht ausreicht, bei den Investitionen zu sparen, also einfach nur etwas nicht zu bauen, sondern wir müssen im Bereich der wahrgenommenen Aufgaben runterfahren. Mittlerweile geht die Verwaltung in ihrer Finanzplanung aufgrund der anhaltend angespannten Situation von weitaus höheren Zahlen aus, ca. 15 Mio. Euro strukturelles Defizit prognostizieren Sie uns für den Zeitraum ab 2012, wenn wir nichts tun.

Damit hat sich die zweite Frage auch sehr schnell geklärt. Je länger gewartet wird, desto mehr verschärft sich die Situation. Um unsere Aufgaben wahrzunehmen, müssen wir Gelder von Banken aufnehmen, und Zinsen bezahlen, was wiederum zu Mehrbelastungen führt. Abgesehen davon spielt die Aufsichtsbehörde nicht mehr mit – was auch immer dies heißen mag. Aber für jeden ist nachvollziehbar, ein Beginn der Haushaltskonsolidierung muss sofort sein. Auch die Tatsache, dass wir nicht die einzige Stadt sind, der es finanziell schlecht geht, lässt ein Warten nicht zu. Das Thema Kommunen in Not ist zwar auf allen Ebenen, gewollt oder nicht, in den Focus gekommen. Aber wir Sindelfinger sollten nicht denken, dass irgendeine Form der Gemeindefinanzierung in Sicht kommt, die eine Lösung für den jetzigen Aufgabenstandard unserer Stadt liefert. Also Warten bringt überhaupt nichts.

Und zuletzt die dritte Frage nach dem „wie“. Hier haben wir, denke ich, sehr viele Erfahrungen gesammelt – und nicht nur positive. Ein Ergebnis von Vorgehensweise werden wir am nächsten Sonntag erleben.

Ein Bürgerentscheid ist aus unserer Sicht nichts negatives, im Gegenteil, er ist Bestandteil gelebter Demokratie. Aber ein Bürgerentscheid, der nicht aus der Sachdiskussion heraus, sondern einzig aus der Emotionalisierung von Bürgerinnen und Bürgern heraus entsteht, ist dem hehren Ziel, Entscheidungen auf viele Schultern zu stellen, abträglich. Ich habe sehr viele Eltern erlebt, die mir in letzter Zeit mitgeteilt haben, dass sie im Dezember auch wütend auf die Stadt, auf den Gemeinderat waren, aber heute verstanden haben und Verständnis zeigen, warum wir unsere Entscheidung so und nicht anders getroffen haben.

Und wenn das stimmt, dann sind wir für die Entstehung dieser Emotionalisierung auch mit verantwortlich. **Wir werden nicht nur daran gemessen, welche Entscheidung wir fällen, sondern auch, wie wir Entscheidungen fällen !**

Gerade in meiner Grundsatzrede zum Haushalt 2009 habe ich Sindelfingen mit einem Schiff verglichen, dass einen Kurswechsel benötigt, aber gar nicht genau weiß, wohin es eigentlich fahren soll. Und daran hat sich auch 18 Monate später nichts geändert.

Unser Schiff ist erst einmal vor Anker gegangen. Nicht in Untätigkeit – nein, erstes selbstgestecktes Ziel war es, mögliche Lasten abzuwerfen, um wieder fahren zu können. Man hat sogar externe Hilfe eingeflogen, obwohl das ja eigentlich wieder mehr belastet. Anfangs ist dieses Auffinden von Dingen, die nicht unabdingbar sind, auch gelungen. Wir haben einiges gefunden, dass wir nicht unbedingt brauchen - also über Bord damit. Aber dann wurde es schwierig. Wenn man Ziel und Richtung der Reise nicht weiß, schmeißt man dann die Regenjacke oder den Sonnenschirm über die Reling, Glühwein oder Caipirinha ? Und so steht unser Schiff noch immer vor Anker, die Besatzung ist mittlerweile genervt und verunsichert, die Laderäume sind durcheinander - und erschwerend kommt hinzu, dass der erste Steuermann von Bord gegangen ist.

Doch ernsthaft, zum ersten mal haben wir neben dem normalen Haushaltsplan eine Vorschlagsliste vorliegen, in welcher Richtung bzw. wie ganz konkret Einsparmöglichkeiten umgesetzt werden können. Die Methodik die wir dazu gewählt haben, einen externen Berater einzuschalten, der einmal über den Haushalt schaut, der Vorschläge macht, hatte seinen Sinn. Vor allem für all die Bereiche, die sich der Politik oft verschließen. Wer von uns weiß schon genau, wie ein Ordnungsamt funktionieren muss, wie viel Aufwand Finanzen erfordern und, und, und. Und insoweit hat das Unternehmen auch sehr viele Ergebnisse geliefert, die für uns akzeptabel waren und sind, die wir mittragen können, wo wir in der Regel auch nichts besseres wissen können.

Problematisch wurden die Vorschläge erst, als Dinge beurteilt wurden, die eben sehr Sindelfingen- spezifisch sind, wo Entwicklung und Historie dahinter stehen, die sich speziell bei uns ergeben haben, wo Bürger stark eingebunden sind oder wo Strukturen beteiligt sind, die es in anderen Kommunen so wie hier nicht gibt.

Und aus diesen Gründen kann es auch nicht funktionieren, einen Abenteuerspielplatz einfach aus Zahlengründen einsparen zu wollen. Ohne zumindest einmal mit dem freien Träger vorher gesprochen zu haben. Und es ist fatal, ein Hallenbad zur Streichung vorzuschlagen, ohne das bürgerschaftliche Engagement in Maichingen zu berücksichtigen. Und es ist fahrlässig, beim Thema Kindertagesstätten Einsparpotentiale allein auf der Basis von Zahlen und Statistiken zu veröffentlichen, ohne die – im übrigen von uns immer wieder geforderte - Kommunikation in die Einrichtungen zu nutzen - und damit die Fachlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einzubauen.

Das Thema Abenteuerspielplatz ist vom Tisch, der vorgelegte Haushaltsplanentwurf berücksichtigt das Angebot des Stadtjugendrings. Allen, die an der schnellen Lösung beteiligt waren, vor allem auch dem Träger, von uns ein besonderer Dank.

Das Thema Schließung eines Hallenbads ist mehr oder weniger vertagt. Der Glaspalast wird vorerst noch stehen bleiben. Überhaupt zeigt sich, dass die Diskussionen darüber, welchen finanziellen Beitrag der Sport bei der Bewältigung der künftigen Jahre leisten kann, auf andere Beine gestellt werden muss. Die unübersichtliche Anzahl von einzelnen Richtungen und Sparten, drei vollständige starke Sportvereine, unzählige, teils eigenständige Abteilungen, ein vom Grundsatz her gut zu heißender Anspruch in der Bevölkerung, sich auch außerhalb des Vereins durch Bewegung gesundheitlich fit halten zu wollen - meine

Damen und Herren, der Königsweg, dieses große Angebot zu reduzieren, ist noch nicht gefunden. Denn über den Begriff „Bedarf“ lässt sich nicht argumentieren. Hätten wir ein viertes Hallenbad in Darmsheim, wäre auch dies heute unverzichtbar. Oder einfach eine Halle wie den Glaspalast zu schließen, ist kein guter Weg, wenn nicht vorher Lösungen und Alternativen gesucht wurden.

Wir sagen aber auch: wenn sich in Bälde keine gemeinsamen Lösungen entwickeln lassen, wie Sport und Bad in Sindelfingen in 5 Jahren unter dem Aspekt „Deutlich weniger städtischer Zuschuss“ aussehen wird, dann wird niemand mehr, der verantwortlich diese Stadt in ihrer Entwicklung begleitet, auf all die vorhandenen Strukturen Rücksicht nehmen können.

Die Kultur hat diese Entwicklung schon in den neunziger Jahren hinter sich gebracht- Schon immer als „Freiwilligkeitsleistung“ angesehen, ist das, was heute im Haushalt noch vorhanden ist eher ein Torso, durch die inhaltlich richtige Verknüpfung von Bildung und Kultur finanziell am Leben gehalten. Auch Kultur und Kunst lässt sich nicht über die Begriffe Bedarf, und Besucherzahlen definieren – und gerade deswegen müssen wir aufpassen, dass durch die sehr zahlenlastigen Diskussionen der wichtige Beitrag, den Kultur und auch Kunst an der Lebensqualität, am sozialen Miteinander, aber auch an der Identität mit unserer Stadt leistet, nicht hinten – so ganz nebenbei – wegbricht. Es verdient wirklich nicht den Namen Kulturpolitik, wenn man einfach den Inhalt des einen Gebäudes in das andere trägt. Wir begrüßen es, dass alle Fraktionen des Gemeinderats eine andere Flughöhe der Diskussion anstreben - und hoffen dabei auf wenig Flugasche.

Letztendlich ist wohl auch der Prüfauftrag zur Schließung einer Grundschule Makulatur. Ich bin mir sicher, dass der Gemeinderat der Empfehlung folgen wird, aufgrund des veränderten, künftigen Klassenteilers diesen Vorschlag nicht weiter zu verfolgen.

Wenn wir uns also die jetzt noch vorliegende Liste anschauen, so sind es aus unserer Sicht noch zwei Themen, die hier an dieser Stelle erwähnt werden müssen.

Einer der Hauptposten der Einsparungen liegt bei dem Thema „Reinigung öffentlicher Gebäude“. Begründet mit „Kosten pro Fläche“ geht dieser Vorschlag davon aus, dass durch eine Vergabe von Leistungen an Firmen und bei gleichzeitigem Personalabbau bei der Stadt ein sehr hohes Einsparpotential zu erzielen ist. Wichtig bei diesem Vorgehen, das ganze wird ausschließlich durch Fluktuation geschehen, es wird also niemand – wie übrigens bei allen Vorschlägen der Haushaltskonsolidierung - entlassen. Um zu verhindern, dass irgendwelche Billigheimer und Ausbeuterfirmen im Rathaus arbeiten, wird ausschließlich an Firmen vergeben, die sich an die Regelungen der gültigen Tarifverträge halten, und die die gesetzlichen Mindestlöhne in diesem Bereich zahlen.

Die SPD-Fraktion wird hier mitgehen können, da es sich um einen Prozess handelt, der sich über viele Jahre hinwegziehen wird. Wir erwarten einmal jährlich einen Bericht über die Umsetzung, vor allem dabei über die tatsächliche Reinigungsleistung der Fremdfirmen. Denn die Zahlen, die Rödl und Partner angenommen hat, die müssen sich erst einmal bestätigen. Und wir sind uns sicher, dass es viele sensible Bereiche geben wird, wo man mit „Schnellwisch und Weg“ und damit auch mit solchen Statistiken vielleicht auf dem Bauch landen wird.

Außerdem gibt es noch einen nicht wegzudiskutierenden Aspekt. Wir sollten Bedacht darauf sein, auch in Sindelfingen einen ausgeglichenen Markt an Arbeitsplätzen zu erhalten. Und hier spielen gerade Arbeitsplätze für niedriger qualifizierte Kräfte sowohl eine arbeitsmarkt- aber auch sozialpolitische Rolle. Ich glaube, dass dies in Zukunft genauso wichtig sein wird, wie zu versuchen, dass Sindelfinger Firmen immer alle städtischen Aufträge erhalten.

Die SPD-Fraktion sagt ja zu einem Einstieg in diesen Stellenabbau, wir sagen aber nein zu allzu großer Euphorie.

Und Herr Oberbürgermeister, es geht in diesem Fall um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für Sie arbeiten und dabei am wenigsten verdienen. Wir fordern Sie eindringlich auf, sich in diesem Prozess des Stellenabbaus eng mit Ihrer Personalvertretung kurz zu schließen, denn diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei Förderverein.

Ich komme zum zweiten großen Thema, den Kindertagesstätten. Ein neuer Vorschlag liegt nun vor, reduziert um 800.000 Euro, angeblich irgendwie auch machbar und natürlich intensiv nachgerechnet und ausgewogen. Herr Mailänder wollte zwar keine genaue Anzahl der Stellen angeben, nach einfacher Dreisatzrechnung sind es wohl ungefähr 15 bis 20 Stellen.

Seit Anfang Dezember haben Sie in der Verwaltung nun fast vier Monat Zeit gehabt, um nachzurechnen, um Zahlen zu prüfen und Personalbemessungen zu erheben. Ich habe den Eindruck bekommen, dass ein Ergebnis aus dieser statistischen Misere ist, dass wir wohl bisher nur ungenügende Zahlen haben. Und damit wohl auch die Basis für unserer aller Aussagen, „wir haben einen hohen Standard“, „wir sind besser als andere“ nicht vorhanden war - und in belastbarer Form vielleicht immer noch nicht existiert. Und dies wiederum heißt, dass auch Sie die Auswirkungen auf die Betreuungsgüte und den Betreuungsumfang bei Ihren Vorschlägen von Reduzierung der Verfügungs- und Öffnungszeit überhaupt nicht definieren können. Auch Ihre Ausführungen, Herr Mailänder im letzten Gemeinderat, erinnern doch eher an eine prozentuale Personalkürzung, die man irgendwie hinkriegt.

Noch dazu die Aussage, dass wir eine Doppelstruktur im Betreuungsangebot bei den Schulkindern haben. Die Einführung der Ganztageschule ersetzt ja die Hortplätze in den Kindertagesstätten. Das stimmt vielleicht irgendwann, aber wo bitteschön haben denn die Schulen in Ihren Bemühungen um Ganztagesangebote bereits jetzt eine verlässliche und durchgängige Struktur, die auch nur angehend einer Hortbetreuung in einer Kita gleichkommt. Wir sind doch hier mitten in einer Riesen-Baustelle, Sie verwischen hier die Realität.

Im übrigen - niemand in diesem Raum hat im Zuge der Beauftragung von Rödl und Partner gefordert, pädagogisch oder inhaltlich am Kita-System rumzudoktern. Die jetzt vorliegenden Vorschläge sind doch alle aus der Not heraus im November entstanden, weil die vorgelegten Zahlen schlichtweg überzogen und falsch waren. Und die Gebührenerhöhung hat mit dieser Untersuchung auch nichts zu tun – dazu brauchen wir im Gemeinderat keinen Berater.

Kita 2000 ist ein Modell, gemeinsam entwickelt von Kitas und Eltern und getragen von der Politik. Und das soll es aus unserer Sicht auch bleiben

Die Eltern sind bereit ihren Beitrag zu leisten. So kommen auch sinnvolle Vorschläge, wie zum Beispiel die Hortplätze nur noch im Grundschulalter anzubieten oder auch – man höre – die Gebühren stärker zu erhöhen, um Qualität zu sichern. Diese Bereitschaft der Eltern sollten wir aufnehmen.

Herr Oberbürgermeister, nehmen Sie ihre Vorschläge vom Tisch, steigen sie umgehend in einen Prozess der überfälligen Weiterentwicklung von Kita 2000 ein – mit Ihrem engagierten Kita-Personal, mit den Sindelfinger Eltern und mit den Gemeinderäten. Falls Sie dazu nicht bereit sind, wird die SPD-Fraktion es in einem Antrag fordern. „Wir werden nicht nur daran gemessen, welche Entscheidung wir fällen, sondern auch, wie wir Entscheidungen fällen“.

Alle weiteren Vorschläge des „grünen Ordners“ werden wir mit Ihnen beraten, und nach jetzigem Stand auch mittragen. Ein Satz sei aber doch noch gesagt:

Uns war wichtig, nicht mit irgendeiner Rasenmähermethode über das Personal der Stadt hinwegzufahren, sondern aufgrund von qualitativen Aussagen zu Aufgaben Stellen einzusparen. Stellenabbau ist nie ein Honigschlecken, Stellenabbau setzt auch immer voraus und funktioniert nur, wenn die Mannschaft motiviert und engagiert mitzieht. Und hier ist eine Konzernleitung in erheblichem Masse gefordert – und in der Verantwortung. Wir wünschen uns, dass es Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gelingt, diese Ihre Mannschaft mitzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, erst jetzt komme ich zum eigentlichen Haushaltsplan 2010, dem zweiten großen Ordner, der natürlich aufgrund unserer bisherigen Vorgehensweise an Bedeutung für die weitere Umsetzung der Haushaltskonsolidierung verloren hat. Wir haben wieder nur einen Übergangshaushalt, der uns zeigt, dass wir Konsolidieren müssen. Dass wir weiterhin schwierige und unangenehme Themen anpacken müssen.

So wird als nächstes das Thema Gebührenerhöhungen anstehen. Welche Effekte, Risiken und Nebenwirkungen bringt eine Gewerbesteuererhöhung – auch hinsichtlich der Standortfrage in der Region ? Wie gehen wir mit der Grundsteuer um ? Gibt es weitere Gebühren und Einnahmequellen, die man – für den Bürger noch erträglich - erhöhen kann ?

Und ein weiteres Thema werden die Töchter der Stadt sein. Wir können es dem Bürger nur schwer vermitteln, dass wir in sozialen Bereichen abspecken, bei einigen Beteiligungen aber nach wie vor ein hoher Standard und eine Hochglanzmentalität existiert. Die Entwicklung und Vermarktung des Flugfeldes ist ein Zukunftsprojekt mit hoher Priorität, auch die Wirtschaftsförderung ist hinsichtlich des enorm verstärkten Wettbewerbs der Städte ein Baustein der Entwicklung unserer Stadt, der unverzichtbar ist – trotzdem dürfen diese Bereiche nicht zu heiligen Kühen ernannt werden. Auch die städtischen Töchter müssen sich an die veränderte Rahmenbedingung, nämlich dass die eigene Mutter krank ist, anpassen.

Apropos Wirtschaftsförderung, City Marketing und Innenstadt. Als neuer Fraktionsvorsitzender habe ich doch in der ersten Zeit jetzt einiges mehr an Innenstadt erlebt und mitbekommen. Es zeigt sich, verständlicherweise, dass sich unter dem Begriff „Innenstadt“ ein sehr heterogenes Gebilde befindet, und es ist oft schwer für einen politischen Interessenvertreter, „das Interesse“ der Innenstadt gegenüber partiellen Einzelinteressen abzugrenzen.

Es fällt aber auf, und das stimmt sehr optimistisch, dass es einen Teil von Händlerinnen und Händlern gibt, die sehr aktiv sind, Dinge in die Hand nehmen, Ihre Stärken gemeinsam als Einzelhändler zeigen. Das macht Mut, und auch wenn wir angesichts der maroden städtischen Finanzen nicht viel versprechen können, so ist hier unsererseits ein offenes Ohr selbstverständlich. Leider gibt es, wie auch letzte Woche wieder ersichtlich, immer noch viele, die sofort Beifall klatschen, wenn teils im Sinne von Einzelinteressen kritisiert und genörgelt wird, ganz nach dem Motto, schuld sind immer Dritte, die Stadt, der Gemeinderat, Hofmeister, Breuning. Diese Einstellung wird uns auch in Zukunft nicht vorwärts bringen.

Im Haushalt sind übrigens Mittel enthalten, die den Abriss des Pavillons auf dem Marktplatz ermöglichen sollen. Wir werden dies natürlich in seiner Höhe hinterfragen, gehen aber auch davon aus, dass wir, falls die Cafe-Bewirtschaftung wegfällt, an dieser Stelle handeln müssen.

Ansonsten sind neben den Erhaltungsinvestitionen an unseren öffentlichen Gebäuden, an den Schulen und Kitas, neben den bereits behandelten Maßnahmen von Allmendäcker und vielen kleineren Punkten keine wirklich neuen, großen Themen im Vermögenshaushalt vorhanden, wie auch, wenn jeder Euro Investition über Schulden finanziert werden muss. Und auch im Verwaltungshaushalt nichts wirklich Neues. Nach wie vor lassen sich Personalkostenerhöhungen nicht immer erklären, nach wie vor schreibt die Sauna Defizite

und nach wie vor sind die Kosten im Overhead der Verwaltung hoch. Wir haben aber bewusst keine Anträge gestellt, da wir hoffen, noch diverse Antworten zu erhalten.

Beziehungsweise - einen Antrag werden wir doch stellen: Wir wollen, dass der Haushalt wieder zeitlich da eingebracht wird, wo er hingehört, nämlich ans jeweilige Vorjahresende. Unsere Hoffnungen auf Gewerbesteuerschätzungen, die für die späte Einbringung als Grund immer genannt wurden, haben sich in den letzten Jahren doch immer als Null und nichtig erwiesen. Insoweit bitten wir darum, den Haushalt 2011 noch in diesem Jahr einzubringen. Damit können wir auf die andauernden Ermächtigungen, Vorbehalte und Vorgriffe verzichten.

Der Haushaltsplanentwurf 2010 wirft also noch viele Detailfragen auf, die aber nicht heute, sondern in den Ausschüssen zu behandeln sein werden. Ich wünsche uns allen hierbei faire und konstruktive Diskussionen.

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, weder der vorliegende Haushaltsplan, noch die Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung stellen abschließende Lösungen dar, um die Handlungsfähigkeit der Stadt Sindelfingen zu erreichen. Das war auch nicht zu erwarten. Weitere Bausteine der städtischen Aufgabenabwicklung sind anzugehen. Auch wenn das nicht vergnügungssteuerpflichtig ist.

Grundsätzlich aber sollten künftig alle Ergebnisse, die wir über das Jahr hinweg erarbeiten, in die Haushaltsberatungen einfließen und dort auch behandelt werden. Wir brauchen keine Pressekonferenzen, die uns als tolle Sparer hinstellen, sondern wir brauchen transparente Diskussionen und Abläufe, so wie es gerade die Aufstellung eines Haushaltsplans, als eins der wichtigsten Elemente der kommunalen Selbstverwaltung, vorsieht.

Wir denken, dies ist das mindeste, was wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind.

Vielen Dank